

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der VR China im Jahre 1992

- Ein kurzer Überblick -

Außenpolitik

- Oskar Weggel -

Außenpolitisch gesehen, hat die Führung der VR China, die nach der Niederschlagung der Protestbewegung vom Juni 1989 in eine für sie selbst offensichtlich höchst überraschende innen- und außenpolitische Isolation hineingeraten war, ihr Legitimationsdefizit in der Zwischenzeit vor allem auf zwei Gebieten wieder wettzumachen versucht, nämlich im Bereich der Wirtschafts-, nicht zuletzt aber auch auf dem Gebiet der Außenpolitik. 1992 setzte sich das "außenpolitische Wunder" fort: Die Beziehungen zu den drei alten Feinden Indien, Vietnam und Indonesien wurden weiter verbessert; ferner förderte China die Wiedervereinigungsgespräche in Korea, bemühte sich weiterhin, den Brandherd Kambodscha mit einzugrenzen, unterzeichnete den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und streckte sogar dem Apartheidregime Südafrikas die Hand entgegen. Offizielle Beziehungen mit Pretoria ließen sich allerdings erst aufnehmen, wenn die Rassendiskriminierungspolitik dort endgültig der Vergangenheit angehöre, hieß es in Beijing.

Zwei Ereignisse gaben der Außenpolitik Beijings i.J. 1992 ein besonders eindrucksvolles Profil, nämlich erstens die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit nicht weniger als 15 Staaten, darunter mit Israel (Januar), Südkorea (September), mit den GUS-Ländern sowie einigen Staaten Osteuropas, und, zweitens, die schnelle Aussöhnung mit den Nachbarstaaten, wozu letztere von Außenminister Qian Qichen (XNA, 29.12.92.) sogar als Hauptcharakteristikum bezeichnet wurde.

Die Nachbarschaftspolitik wurde durch Besuche Jiang Zemin und Wan Lis in Japan und umgekehrt durch die China-Visite des japanischen Kaisers im Oktober, aber auch durch die erwähnte der diplomatischen Beziehungen mit Südkorea (am 24. August), durch den Besuch Li Pengs in Vietnam sowie durch Visiten der Ministerpräsidenten Nepals, der Mongolei sowie der Staatspräsidenten von Indien, Laos und Südkoreas in Vietnam markiert.

Gleichzeitig wurde weiter an der Lösung der Grenzfrage gearbeitet: Im Februar 1992 tauschten China und Laos Ratifizierungsurkunden über das Grenzabkommen aus, seit November 1992 begannen Grenzgespräche mit Rußland, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgistan anzulaufen und auch die Gespräche über den Grenzverlauf mit Bhutan wurden fortgesetzt.

Konflikte gab es vor allem zwischen Vietnam und China in der Spratley (Nansha)-Frage, doch versprach Li Peng bei seinem Vietnambesuch Anfang Dezember 1992, daß China sich um eine friedliche Lösung der Frage bemühen wolle.

Auch mit den hochindustrialisierten Ländern kam China wieder besser ins Gespräch - und zwar zunächst durch die bereits erwähnten Kontakte mit Japan, aber auch durch Verhandlungen Li Pengs mit führenden Politikern der USA, Großbritanniens und Frankreichs beim Gipfeltreffen des UNO-Sicherheitsrats Anfang 1992. Im Juni reiste der Stellvertretende Ministerpräsident Tian Jiyun nach Skandinavien und im September sein Amtskollege Zou Jiahua nach Italien, Spanien und in die Niederlande.

Im März kam Außenminister Qian Qichen nach Bonn, und im November reiste umgekehrt Außenminister Kinkel nach China. Kinkel betonte, daß seine Visite zur "Renormalisierung" der ursprünglich guten bilateralen Beziehungen geführt habe.

Unter den westeuropäischen Staaten bereitete lediglich Frankreich Kopfzerbrechen, als es nämlich bekanntgab, daß es Taiwan mit Mirage-Kampfflugzeugen beliefern wolle. Beijing drohte mit ernsthaften Konsequenzen.

Auf ihrer 18. Gipfelkonferenz gelangten die sieben westlichen Industrienationen ("G 7") zu einem positiven Urteil über China. US-Handelsminister Barbara Franklin kam Ende Dezember 1992 nach Beijing und nahm an der 7. Tagung der Gemeinsamen chinesisches-amerikanischen Kommission für Handelsfragen teil; damit war dieses Gremium nach dreijähriger Unterbrechung wieder zu neuem Leben erwacht.

Kopfzerbrechen bereitete der weiter zerfallende Ostblock. China beschloß allerdings, sich den Entwicklungen pragmatisch anzupassen und ideologische Kommentare zu unterlassen. So nahm es mit den einzelnen GUS-Staaten diplomatische Beziehungen auf und lud den russischen Präsidenten Jelzin zu einem Besuch ein. Die Visite Jelzins im Dezember mußte allerdings wegen innenpolitischer Unruhen in Moskau vorzeitig abgebrochen werden. Gleichwohl stehen die Ampeln zwischen China und Rußland auf Grün. Schwierigkeiten gab es andererseits mit einem anderen Nachfolgestaat der Sowjetunion, nämlich mit Lettland, das Beziehungen zu Taiwan aufnahm und mit dem Beijing deshalb die offiziellen Kontakte abbrach.

Auch mit zwei Nachfolgestaaten Jugoslawiens, nämlich mit Slowenien und Kroatien, nahm China im Mai diplomatische Beziehungen auf, nicht jedoch mit Bosnien-Herzegowina, das für einen solchen Schritt erst "zu geeigneter Zeit" in Frage komme.

Was die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern anbelangt, so besuchten 1992 nicht weniger als 48 Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister der Dritten Welt die VRCh.

Im September nahm zum ersten Mal eine chinesische Delegation an einem Gipfeltreffen der Blockfreien "Gruppe 77" teil. Dabei wurde China offiziell als Beobachter der Bewegung anerkannt. Immer wieder betonte Beijing seine "Vier Prinzipien" in der Entwicklungshilfe, die unter den Stichworten "Gleichberechtigung, gegenseitiger Nutzen, Betonung von Resultaten und vielfältige Formen der gemeinsamen Entwicklung" steht. Diese Süd-Süd-Politik wurde für China auch durchaus für eigene Zwecke instrumentalisiert, indem Beijing nämlich gemeinsam mit Drittweltländern gegen "Komplote einiger westlicher Länder" ankämpfte, die die "Menschenrechtsfrage als Vorwand" benutzten, und indem die Entwicklungsländer sich fast unisono für die Aufnahme Chinas ins GATT (von China: "Wiederherstellung des Status Chinas im GATT" genannt) einsetzten.

Im multilateralen Bereich sind vor allem die Teilnahme Li Pengs an der Gipfelkonferenz des UNO-Sicherheitsrats im Februar, an der UNO-Umweltschutzkonferenz im Juni und am Weltwirtschaftsforum Anfang 1992 in der Schweiz zu erwähnen.

Außerdem war China Gastgeber für die 48. Konferenz der Wirtschaftskommission für Asien und den Pazifischen Raum (ESCAP) im April. Ferner beteiligte sich die Volksrepublik an den Abrüstungsgesprächen in Genf über die "Konvention zum Verbot von chemischen Waffen".

Das Jahr 1992 hat nach Meinung Beijings sechs Trends noch weiter verstärkt - in Stichworten: (1) Beendigung der Konfrontation zwischen Ost und West, (2) Multipolarität, (3) Abbau der regionalen Konflikte, soweit sie durch die beiden Supermächte verursacht worden waren, (4) Zunahme der wissenschaftlich-technischen Faktoren, (5) Trend zur Internationalisierung, Regionalisierung und Gruppenbildung in der Weltwirtschaft, (6) zunehmende Bedeutung der Entwicklungsländer für die Verhütung eines Weltkriegs und die Wahrung des Weltfriedens (hinter die letztere These dürfte ein Fragezeichen zu setzen sein - man denke an Somalia, Angola, Irak oder an die zahlreichen nationalistisch inspirierten Auseinandersetzungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion!).

Innenpolitik

- Peter Schier -

Die innenpolitische Entwicklung der Volksrepublik China im Jahre 1992 stand ganz im Zeichen einer geradezu historischen Reformoffensive Deng Xiaopings und des XIV. Nationalen Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh).

Mit einer Reise in den wirtschaftlich boomenden Süden Chinas im Januar und Februar 1992 hatte der 88jährige Deng Xiaoping wahrscheinlich seine letzte große politische Offensive gestartet, um die KPCh - vor allem jedoch die verknöcherte Parteizentrale - wieder eindeutig auf seinen marktwirtschaftlich orientierten Reformkurs zu bringen. Dies ist im wesentlichen gelungen.

Eine der Kernforderungen Deng Xiaopings lautet, die ideologischen Auseinandersetzungen darüber, ob die verschiedenen Reformmaßnahmen nun "kapitalistischen" oder "sozialistischen" Charakter haben, endlich zu beenden. Diese Diskussionen seien reine Zeitverschwendung. Statt dessen sollten sich alle mit ganzer Kraft auf die Wirtschaftsentwicklung konzentrieren. All jene Reformen, die die Produktivität erhöhten, den Wirtschaftsaufschwung beflügelten und damit die nationale Stärke Chinas vergrößerten, müßten befürwortet werden.

Deng und seine konservativen Reformer schafften schließlich auch, was eine Reihe von Beobachtern nach der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung und der orthodoxen Wende im Jahre 1989 bezweifelt hatten: Der XIV. Parteitag der KPCh, der vom 12. bis 18. Oktober 1992 stattfand, bestätigte mit seinen programmatischen und personellen Beschlüssen das Entwicklungskonzept Deng Xiaopings, das sich auf folgenden kurzen Nenner bringen läßt: Wirtschaftliche Liberalisierung ja, politische Liberalisierung nein. Der XIV. Parteitag erhob die "Theorie des Genossen Deng Xiaoping vom Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung" zur Leitlinie aller Aktivitäten der KPCh in der "Anfangsphase des Sozialismus", d.h. in den nächsten 100 Jahren.

Dengs "Theorie", die er seit Ende der 70er Jahre unermüdlich gegen die orthodoxen Marxisten-Leninisten verteidigt, ist urpragmatisch:

- Nur durch wirtschaftliche Entwicklung und damit einhergehende Erhöhung des Lebensstandards kann die Alleinherrschaft der KPCh legitimiert und stabilisiert und China zu einer modernen Weltmacht aufgebaut werden. Deshalb muß die Partei alle ihre Aktivitäten auf das zentrale Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung konzentrieren.

- Wirtschaftliche Entwicklung ist nur möglich durch marktwirtschaftliche Reformen und außenwirtschaftliche Öffnung. Deshalb ist das Ziel der Wirtschaftsreformen die Etablierung einer "sozialistischen" Marktwirtschaft.

- Um Ruhe, Ordnung und Einheit zu bewahren und um Chaos zu vermeiden, muß an der Alleinherrschaft der KPCh festgehalten werden. Diese soll sich freilich auf den politischen Bereich (einschließlich innerer und äußerer Sicherheitspolitik) beschränken und die politischen Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß sich im Wirtschaftssektor marktwirtschaftliche Verhältnisse durchsetzen. Außerdem soll durch eine Stärkung der gesetzgebenden und kontrollierenden Funktionen der Parlamente ("Volkskongresse") dem politischen Machtmißbrauch entgegengewirkt werden.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und anderer sozialistischer Herrschaftssysteme in Osteuropa scheint es Deng gelungen, die meisten seiner Widersacher von der Richtigkeit seiner Theorie zu überzeugen. Dengs Argumentation ist in der Tat einleuchtend: Die kommunistischen Regime Osteuropas stürzten, weil sie keine oder nur unzureichende Wirtschaftsreformen durchführten und deshalb wirtschaftlich schwach blieben, und weil sie politisch zu nachgiebig waren gegenüber der demokratischen Opposition. Gorbatschow und seine Anhänger scheiterten, weil sie - so der Reformpragmatiker Deng Xiaoping - das Pferd am Schwanz aufzäumten und statt mit liberalen Wirtschaftsreformen mit liberalen politischen Reformen be-

gannen. Statt die wirtschaftliche Entwicklung und die Versorgung der Bevölkerung in das Zentrum der Arbeit der Kommunistischen Partei zu stellen, führten Glasnost und Perestroika ins innenpolitische Chaos und zum Zerfall der Sowjetunion.

Angesichts der für die kommunistischen Regime katastrophalen Entwicklungen in Osteuropa gilt Dengs Theorie parteiintern bei der Mehrheit als einzig erfolgversprechende Überlebensstrategie für die Alleinherrschaft der KPCh.

Die orthodoxen Zweifler am Reformkonzept Deng Xiaopings wurden auf dem XIV. Parteitag weitgehend aus den Führungsgremien der KPCh entfernt. Gleiches gilt für die Vertreter des kleinen radikalen Reformflügels, die - im Gegensatz zu Deng - nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Liberalisierung fordern. Von Bedeutung für die Absicherung des konservativen Reformkurses ist auch, daß es Deng gelang, die Zentrale Beraterkommission endlich abzuschaffen. Damit verloren die orthodoxen Parteiveteranen ihre einzige institutionelle Basis innerhalb der politischen Führung.

Völlig unerwartet schied auf dem XIV. Parteitag die beiden Halbbrüder Yang Shangkun und Yang Baibing zusammen aus der ZK-Militärkommission, und damit aus der obersten militärischen Führung, aus. Vor allem von pensionierten Generälen wurde intern der Vorwurf gegen Yang Baibing erhoben, die Armee der Führung durch die KPCh-Zentrale zu entziehen und eine eigenständige Machtposition aufbauen zu wollen. Nach der militärischen Entmachtung von Yang Baibing wurden umfangreiche personelle Veränderungen in den Führungsstäben der Chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) vorgenommen, und zwar nicht nur in der Zentrale, sondern auch in den Militärregionen.

An der Spitze der ZK-Militärkommission verläßt sich Deng Xiaoping nun vor allem auf zwei alte loyale Militärführer (Liu Huaqing, 75, und Zhang Zhen, 78) als stellvertretende Vorsitzende dieses machtpolitisch sehr bedeutenden Gremiums, dessen weitere Mitglieder jedoch erheblich jünger sind als die bisherigen. Vorsitzender

der ZK-Militärkommission bleibt ZK-Generalsekretär Jiang Zemin, dessen Position durch das Ausscheiden von Yang Baibing aus der militärischen Führung eindeutig gestärkt wurde.

Westliche Beobachter bezweifeln immer wieder, daß das politische System des Sozialismus, d.h. das politische Machtmonopol der Kommunistischen Partei, mit der kapitalistischen Marktwirtschaft erfolgreich verbunden werden kann. Dagegen spricht die durchaus erfolgreiche Verbindung von autoritärer politischer Herrschaft und Marktwirtschaft in Taiwan und Südkorea, die ebenfalls zum konfuzianischen Kulturkreis zählen. Die Demokratisierungstendenzen in diesen beiden Staaten in den letzten Jahren sind jedoch Indizien dafür, daß das Konzept einer reformorientierten Entwicklungsdiktatur nur bei einem bestimmten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsstand für einen zwar begrenzten, aber nicht unbedingt kurzen Zeitraum von Erfolg sein kann. Aufgrund des spezifischen kulturellen und politischen Erfahrungshorizonts, des katastrophal niedrigen durchschnittlichen Bildungsniveaus und der gegenwärtig noch primär materiell ausgerichteten Bedürfnislage der großen Mehrheit der Bevölkerung scheinen in China die Voraussetzungen für die Einführung einer Demokratie nach westlichem Vorbild zumindest kurzfristig nicht gegeben. Das konservative Reformkonzept Dengs hingegen scheint dem chinesischen Volkscharakter und dem gegenwärtigen Entwicklungsstand des Landes relativ gut angepaßt, wenn es gelingt, die neu entstehende, selbständige wirtschaftliche Führungsschicht und die soziale Gruppe der Gebildeten in den politischen Entscheidungsprozeß einzubeziehen und die eklatanten Defizite in der Umwelt- und Bildungspolitik (z.B. beenden nur knapp 20% die vierjährige Grundschule) zu beseitigen. Die Chancen, daß China mit Hilfe dieses Entwicklungsmodells im Verlauf der nächsten Jahre die Voraussetzungen schaffen kann, um sich bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts zu einer wirtschaftlichen und militärischen Weltmacht zu entwickeln, scheinen relativ günstig. Sollte dies eintreten, wird Deng Xiaoping als einer der bedeutendsten Chinesen der Neuzeit in die Geschichte eingehen.

Wirtschaft

- Margot Schüller -

Auf dem im Oktober 1992 durchgeführten 14. Parteitag der KPCh setzte sich die von Deng Xiaoping geforderte Beschleunigung marktwirtschaftlich orientierter Reformen, verbunden mit einem höheren Wachstumstempo, durch. Als Ziel der Wirtschaftsstrukturreform legte der Parteitag den Aufbau einer 'Sozialistischen Marktwirtschaft' fest. Im Rahmen dieses Konzeptes soll der Markt als wichtigster Koordinationsmechanismus wirken, während die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hauptsächlich durch indirekte Hebel gesteuert werden soll. Der Unterschied zu 'kapitalistischen' Marktwirtschaften wird in der Dominanz des staatlichen Eigentums und der Vermeidung einer Einkommenspolarisierung gesehen. Auch auf eine höhere Wachstumsdynamik in den 90er Jahren einigte sich der Parteitag und kündigte eine Überarbeitung des laufenden 8. Fünfjahresplanes (1991-95) an. Aufgrund der neuen Zusammensetzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPCh, in dem nunmehr vier von sieben Mitgliedern aus der Reformfraktion vertreten sind, kann von einer stärkeren Unterstützung für die Durchsetzung des pragmatischen Wirtschaftskurses ausgegangen werden.

In vieler Hinsicht ist die nunmehr erfolgte offizielle Akzeptanz der Marktwirtschaft als Grundlage des 'Sozialismus mit chinesischen Merkmalen' durch die KPCh lediglich eine Reaktion auf die sich verstärkende Eigendynamik der Anfang der 80er Jahre begonnenen Wirtschaftsreformen. Diese führten zu einer starken Dezentralisierung von wirtschaftlichen Entscheidungsrechten, während gleichzeitig die gesamtwirtschaftliche Steuerungsfähigkeit der Regierung aufgrund des erst wenig entwickelten wirtschaftspolitischen Instrumentariums beschränkt blieb. Das wirtschaftspolitische Steuerungsdefizit wird in der ständigen Abweichung von Planvorgaben im Investitions- und Produktionsbereich deutlich und prägte auch die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1992.

So wies die Wirtschaft im Jahre 1992 mit einem Anstieg des Bruttonationalprodukts um 11% eine weitaus höhere

Dynamik auf, als im Rahmen des 8. Fünfjahresplanes vorgesehen. Die Abweichung vom ursprünglich festgelegten moderaten Wachstumskurs wurde vor allem durch zweistellige Zuwachsraten der Industrieproduktion ausgelöst, die um rund 20% in diesem Jahr zunehmen wird. Starke Wachstumsimpulse für die Industrieproduktion gingen zunächst von den kollektiven und sino-ausländischen Industriebetrieben und regional betrachtet von den Provinzen Guangdong, Zhejiang und Jiangsu aus. Nach erneuter Unterstützung notleidender Staatsunternehmen und ihrer 'ungeplanten' Ausweitung der Produktionskapazitäten stieg auch ihr Beitrag zur Industrieproduktion wieder schnell an. Da die strukturellen bedingten Probleme der staatlichen Industriebetriebe jedoch noch weiterbestehen, erhöhte sich durch die starke Nachfrage der ineffizient und auf Halde produzierenden Staatsunternehmen nach Rohstoffen und Energie und dem damit verbundenen Anstieg der Preise die Gefahr einer wirtschaftlichen Überhitzung.

Vor dem Hintergrund ihrer hohen Verluste und ihrem sinkenden Beitrag zum Staatshaushalt stand die Reform der Staatsunternehmen im Jahre 1992 auch im Zentrum der wirtschaftspolitischen Anstrengungen der Regierung. Obwohl bereits erste Erfolge beim Abbau der Verschuldung und der Lagerbestände erzielt und neue Bestimmungen zur Loslösung der Staatsbetriebe aus der Umklammerung durch die lokalen Verhaltensbehörden realisiert wurden, wird ihre marktwirtschaftliche Ausrichtung noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Insgesamt soll sich der Anteil der staatlichen Verlustunternehmen von 37,1% im März d.J. auf 29,9% im November reduziert haben und die Höhe der Gesamtverluste um 2,4% gesunken sein. Allerdings fällt vielen Staatsunternehmen die Umstellung auf die Marktnachfrage offensichtlich noch sehr schwer, da die Höhe der Lagerbestände im Oktober 1992 wiederum das Niveau des Vorjahres erreicht hat.

Notwendige Effizienzsteigerungen in den Staatsbetrieben werden nicht ohne eine Reduzierung der Beschäftigtenzahl möglich sein. Für die nächsten drei Jahre wird denn auch damit ge-

rechnet, daß rund 10 Mio. Beschäftigte in den Staatsunternehmen freigesetzt werden und anderweitig untergebracht werden müßten. Da das soziale Sicherungssystem noch nicht ausreichend ausgebaut ist, werden die Staatsbetriebe jedoch diejenigen sein, die durch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, insbesondere im Dienstleistungssektor, die Kosten dieser Reform tragen müssen.

Zusammen mit der Neustrukturierung der Staatsunternehmen wurden weitere Schritte zur Kapitalmarkt- und Preisreform unternommen. Das Experiment mit Wertpapierbörsen befindet sich zwar noch im Anfangsstadium und die notwendigen Rahmenbedingungen sind noch unvollständig, wie dies am Beispiel der in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen aufgetretenen Probleme deutlich wurde. Für die Finanzierung des steigenden Haushaltsdefizits, der geplanten Infrastrukturprojekte und der technologischen Erneuerung der Industrieunternehmen wird der weitere Ausbau des Kapitalmarktes jedoch unumgänglich sein.

Besonders dynamisch war die Entwicklung des Immobilienmarktes. In- und ausländischen Investoren ist es inzwischen erlaubt, Landflächen zu pachten und zu erschließen sowie die Weiterverpachtung einzelner Grundstücksparzellen an andere Investoren durchzuführen. Zwar unterliegt die Nutzung bestimmten staatlichen Restriktionen, doch bieten langfristige Pachtverträge bis zu 70 Jahren einen Anreiz zu Investitionen in diesem Sektor, in dem bereits aufgrund der großen Nachfrage Überhitzungstendenzen entstanden sind.

Die Entwicklung im landwirtschaftlichen Sektor war mit einer leichten Steigerung der Getreideproduktion im Vergleich zum Vorjahr bei gleichzeitig großen Engpässen im staatlichen Handelssystem und unzureichender Erhöhung der ländlichen Einkommen nur wenig zufriedenstellend. Nach wie vor sind die dringendsten Probleme in der Landwirtschaft die unzureichende Infrastruktur mit Defiziten im Transportsektor, im Handel und im Dienstleistungsbereich. Demgegenüber konnte die ländliche Industrie ihre Position weiter verbessern und übt einen posi-

ven Einfluß auf die Einkommens- und Beschäftigungssituation in den ländlichen Gebieten aus.

Auch für 1992 muß mit einem weiteren Anstieg des Haushaltsdefizits gerechnet werden, dessen Umfang im wesentlichen davon abhängt, inwieweit staatliche Subventionen für Verlustbetriebe und Nahrungsmittelsubventionen weiter eingeschränkt und in- und ausländische Kredite für die Durchführung von Infrastrukturprojekten eingesetzt werden können.

Trotz einer Wiederaufnahme der Preisreform mit einer Anhebung der staatlich subventionierten Preise für Nahrungsmittel, für bestimmte Dienstleistungen sowie Energie und Rohstoffen gelang es der Regierung, den Preisanstieg im 1. Halbjahr 1992 noch zu begrenzen. Allerdings ist inzwischen die Inflationsrate in den Großstädten mit rd. 10% deutlich gestiegen und für 1993 muß bei anhaltendem Hochwachstum der Industrieproduktion auch mit einem Niederschlag des Preisanstiegs für Produktionsmaterialien auf die Konsumgüterpreise gerechnet werden. Auch weiterhin befindet sich die chinesische Wirtschaft also auf einer Gradwanderung zwischen Hochwachstum und Stabilität, die durch den hohen Anstieg der Anlageinvestitionen und der Geldmengenausweitung erneut gefährdet wird.

So erhöhte sich der Umfang der gesamten Anlageinvestitionen bis Oktober allein um 36%, und bis November d.J. stiegen die Investitionen der Staatsunternehmen um 38% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Allerdings flossen die Investitionen nicht in die gewünschten Bereiche zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, also in die Grundlagenindustrie und Infrastruktur, sondern in die verarbeitende Industrie mit Schwerpunkt Leicht- und Textilindustrie, Maschinenbau- und Elektroindustrie. Damit werden notwendige Kapazitätssteigerungen vor allem im Transportbereich, der lediglich zu 70% die Nachfrage decken kann, und für die Ausweitung des Rohstoffangebots im nächsten Jahr schwierig werden. Auch über die Ausweitung der Kreditnachfrage um 40% gegenüber dem Vorjahr und des Bargeldumlaufs um 50% werden inflationäre Tendenzen verstärkt.

Der Lebensstandard der Bevölkerung hat sich durch die Vergrößerung des Produktangebots weiter verbessert. Allerdings stiegen die Einkommen der städtischen Arbeiter und Angestellten nach vorläufigen Angaben (!) für 1992 aufgrund der Preissteigerungen real lediglich um 2,1%, und das durchschnittliche Nettoeinkommen der Bauern erhöhte sich um real 4%.

Im außenwirtschaftlichen Bereich setzte sich der Außenhandelserfolg mit einem weiteren Handelsbilanzüberschuß fort, der zu einem erneuten Anstieg der Devisenreserven beitrug und damit die Kreditwürdigkeit Chinas weiter verbesserte. Die Erhöhung der ausländischen Direktinvestitionen im Jahre 1992 zeigt außerdem, daß ausländische Investoren erneut Vertrauen in die wiedergewonnene Stabilität und in die dynamische Wirtschaftsentwicklung setzen.

Insgesamt stiegen die chinesischen Exporte um 18% auf 85 Mrd.US\$ und die Importe erhöhten sich um 20% auf 78 Mrd.US\$. In den ersten elf Monaten d.J. wurden mehr als 40.000 Projekte mit ausländischer Kapitalbeteiligung und einem Vertragswert von rund 46 Mrd.US\$ genehmigt, ein Anstieg um das 2,6 und 3,8fache gegenüber der Vorjahresperiode. Auch die realisierten Auslandsinvestitionen stiegen beträchtlich und machten rund 8 Mrd. US\$ aus.

Die Erfolge im Außenhandel der letzten Jahre sind allem auf die exportorientierte Entwicklungsstrategie mit Ansiedlung sino-australischer Joint Ventures in den Küstenprovinzen und Sonderwirtschaftszonen zurückzuführen. Der Anteil der sino-australischen Unternehmen am Export beträgt inzwischen 17%. Mit der verstärkten Bildung neuer Sonderwirtschaftsgebiete beabsichtigt die Regierung, nicht nur neue Impulse für die außenwirtschaftlichen Beziehungen zu setzen, sondern auch die regionalen Entwicklungsunterschiede zu reduzieren. Auch der Ausbau des Grenzhandels mit der GUS sowie mit Vietnam, hat zum Anstieg der Exporte beigetragen. Noch stärker als in den vergangenen Jahren plant China, die Handelsbeziehungen mit den angrenzenden asiatischen Staaten zu verbessern.

Yu-Hsi Nieh

Die Wirtschaftslage von Hongkong und Macau

1 Hongkong

1.1 Allgemeine Entwicklung

Die britische Kolonie Hongkong, die nach der 1984er Vereinbarung zwischen London und Beijing im Jahre 1997 in eine chinesische Sonderverwaltungszone umgewandelt wird, ist wirtschaftlich von der VR China bereits abhängiger denn je. Hauptsächlich infolge der Neubelebung der wirtschaftlichen Öffnungspolitik in China beschleunigte sich in den ersten zehn Monaten 1992 die seit 1991 stattfindende deutliche Konjunkturerholung Hongkongs. Ende Oktober 1992 brach jedoch ein neuer sino-britischer Streit über die politische Reform der Kolonialregierung sowie um die Baufinanzierung des neuen Flughafens von Hongkong aus, der die gute Stimmung auf dem Markt wieder stark dämpfte.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Indikator der allgemeinen Leistung der Wirtschaft Hongkongs stieg nach den vorläufigen statistischen Angaben der Regierung in den ersten zwei Quartalen 1992 beim Jahresvergleich jeweils um 4,7% (4,4% bzw. 3,8% im Vorjahr).¹ Der Aufwind ließ sich sowohl in der Binnen- als auch in der Außenwirtschaft erkennen. Der Privatverbrauch lag im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum im ersten Quartal um 8,7% und im zweiten um 8% höher, und der Regierungsverbrauch lag 7,4% bzw. 12% höher.² Der Umsatz des Einzelhandels nahm in den ersten acht Monaten wertmäßig um 19% und mengenmäßig um 13% zu.³ Im gleichen Zeitraum wuchsen die Exporte um 21% und die Importe um 22%.⁴ Auch die Investitionstätigkeit war sehr rege. Die inländischen Bruttoanlageinvestitionen verzeichneten im zweiten Quartal eine Jahreszuwachsra-

te von 11%, darunter die Investitionen in Maschinen und Geräte sogar um 23%.⁵

Aufgrund der allgemein guten Stimmung sagte Finanzsekretär Hamish Macleod im August 1992 ein Wachstum des BSP von 5% für das ganze Jahr voraus, nach 3,2% im Jahr 1990 und 4,2% im Jahr 1991 (revidierte offizielle Zahlen). Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) schätzte das Jahreswachstum Hongkongs für 1992 auf 5,8%, und einige private Institute prognostizierten sogar 6% oder noch mehr.⁶

Zur Entstehung des BIP hat nach vorliegenden geschätzten Zahlen für 1991 der gesamte Dienstleistungssektor 79,2% (Vorjahr 78,8%) beigetragen und die verarbeitende Industrie (ohne Baugewerbe) nur 15,7% (16,7%). 1992 soll der Anteil der Dienstleistungen am BIP voraussichtlich die Höhe von 80% überschreiten und der der Industriewertschöpfung unter die Grenze von 15% sinken.⁷ Dementsprechend vereinigte der Dienstleistungssektor zur Mitte des abgelaufenen Jahres (1992) 76,3% (Ende 1991: 73,8%) aller Erwerbstätigen (rd. 2,73 Mio.) auf sich, während die in der verarbeitenden Industrie beschäftigte Belegschaft auf ihren bisher niedrigsten Stand von gerade noch 587.300 (634.700) Arbeitnehmer sank, was einem Anteil von nicht mehr als 21,4% (23,8%) aller Beschäftigten entspricht.⁸

Den Ausschlag zu dieser Umstrukturierung der Wirtschaft Hongkongs hat die seit zehn Jahren von der arbeitsintensiven Industrie zur Lohnkosteneinsparung betriebene Auslagerung ihrer Produktion (Outward Processing) vor allem in die VR China gegeben. Schätzungen des Hong Kong Trade Deve-